



öffentlich

**Betreff:**

Beendigung des Konzeptes "Sicherer Hafen" und Abschiebung ausreisepflichtiger,  
abgelehnter Asylbewerber

**Einreicher:** Stadtverordneter Chaled-Uwe Said, Fraktion AfD

Erstellungsdatum: 13.10.2021

Freigabedatum: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.11.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, aus dem Städtebündnis "Sicherer Hafen" auszutreten und dafür Sorge zu tragen, eine mit dem Land Brandenburg einvernehmliche Lösung zur schnelleren Ausschaffung der vollziehbar ausreisepflichtigen, abgelehnten Asylbewerber zu finden.

gez. Said  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Die Aussicht für vollziehbar ausreisepflichtige, abgelehnte Asylbewerber in Potsdam bzw. in Deutschland bleiben zu können, ohne den Druck in ihre Heimatländer zurückkehren zu müssen, weil das Bündnis "Sicherer Hafen" trotz rechtsstaatlicher, abgeschlossener Verfahren hier entgegnetritt, erhöht die Attraktivität für Armutsmigranten, sich nach Deutschland schleusen zu lassen.

Das Bündnis "Sicherer Hafen" trägt damit nicht nur dazu bei, Anreize für die illegale Einwanderung zu schaffen, sondern unterstützt damit indirekt auch das Geschäft der menschenverachtenden Schleuser.

Im Sinne der Verpflichtung des obersten Verwaltungsbeamten der Landeshauptstadt Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, hat der amtierende Oberbürgermeister dafür Sorge zu tragen, dass rechtsstaatlich getroffene Entscheidungen ordnungsgemäß durchgesetzt werden können und nicht durch sogenannte zivilgesellschaftliche Organisationen unterminiert werden.

Sofern die mehrere hundert vollziehbar ausreisepflichtigen, abgelehnten Asylbewerber aus Potsdam ausgeschafft werden, erübrigen sich auch Anmietungen oder Kauf weiterer Asylunterkünfte.